

## LESERBRIEFE

## FABI dient dem ganzen Land

Die Eisenbahn in der Schweiz ist ein grosser Erfolg. Das Angebot ist gut, der Betrieb sicher und die Pünktlichkeit hoch. Damit das so bleibt, braucht es auch künftig Investitionen. Das sichert FABI, der direkte Gegenvorschlag zur VCS-Initiative für den öffentlichen Verkehr.

Das Wichtigste an der Vorlage ist der Bahninfrastrukturfonds. Er überführt bisherige Mittel für den öffentlichen Verkehr in einen unbefristeten Fonds. Das befreit die Bahn von finanzpolitischen Zwängen und verbessert die Planungs- und Betriebssicherheit.

Die Finanzquellen würden in der Bundesverfassung verankert. Der grösste Teil der Mittel käme wie bisher von der Kundschaft und vom Bund, dazu Kantonsbeiträge sowie im Rahmen der Verlagerungspolitik weiterhin Erträge der Mineralölsteuer und der LSA, um Güter von der Strasse auf die Schiene zu bringen.

FABI ist eine pragmatische Lösung. Mehr als die Hälfte würde in Unterhalt und Betrieb fliessen, knapp ein Viertel in Ausbauten. Mit dem Rest würden bis 2030 Neat-Schulden zurückbezahlt. Dass der Unterhalt erste Priorität hat, würde einen Mangel des jetzigen Systems korrigieren. Die Erträge der Mineralölsteuer und eines Mehrwertsteu-

erpromilles würden nur bis 2030 dem Fonds zugeleitet. Dann sind die Neat-Schulden getilgt.

Das Netz braucht aber auch Ergänzungen. Prognosen rechnen bis 2030 mit Zunahmen von 60 Prozent beim Personen- und 70 Prozent beim Güterverkehr. Finanziell verkraftbar ist ein schrittweiser Ausbau der Infrastruktur. Die Planung dazu würde alle vier Jahre dem Parlament unterbreitet. Kantone und Bahnunternehmen wären bei der Erarbeitung mit dabei, die Ausbauten dem fakultativen Referendum unterstellt.

Die erste Ausbautetappe könnte bis 2025 wichtige Engpässe in allen Regionen beseitigen. Einiges käme Luzern zugute, so der Halbstundentakt zwischen Luzern und Bern oder der Projektkredit für den Durchgangsbahnhof Luzern. Auch andere Kantone profitieren von Taktverdichtungen.

Fazit: FABI finanziert den öffentlichen Verkehr fair, verlässlich und auf Dauer. Verbesserungen im Betrieb und an der Sicherheit sowie die nötigen Kapazitätsausbauten bringen die Schweiz und die Kantone vorwärts. Das dient der Bevölkerung und dem ganzen Land.

Louis Schelbert,  
Nationalrat Grüne Luzern



## ANNO DAZUMAL

Sechsermusik Nebikon an der Fasnacht. Das Pferdegespann wird von Gemeindeammann Richard Birrer geführt. Das Bild wurde Anfang der Dreissigerjahre aufgenommen und zur Verfügung gestellt von Franz Fellmann, Nebikon.

## Liegenschaftssteuer tut niemandem weh

Das Argument, die Liegenschaftssteuer sei überholt, ist untauglich. Fakt ist, dass auf diese Einnahmen nicht verzichtet werden kann. Die Liegenschaftssteuer tut auch niemandem weh. Sie beträgt ein halbes Promille der Katasterschätzung, bei einem Haus- oder Wohnungswert von einer Million also gerade mal 500 Franken pro Jahr. Trotz bescheidener Belastung beim Einzel-

nen ist der Ertrag von rund 37 Millionen Franken insgesamt doch beträchtlich und nicht einfach kompensierbar. Der Kanton verlöre jährlich 18,6 Millionen Franken. Die Gemeinden sind bereits durch die Senkung der Unternehmensgewinnsteuer stark belastet. Der zusätzliche Ausfall durch die Streichung der Liegenschaftssteuer läge beispielsweise für die Stadt Luzern bei 4,7,

für die Gemeinde Emmen bei 1,4 Millionen Franken (Stand 2012). Viele Hauseigentümer wollen ihre Verantwortung weiterhin wahrnehmen und haben Mühe mit der Abschaffungsinitiative. Man ist ja nicht nur Hauseigentümer, sondern auch Bürger.

Thomas Willi,  
Kantonsrat CVP, Emmen

## Ja zu FABI – für eine starke Zentralschweiz

Seit Jahren setzt sich die Zentralschweiz mit vereinten Kräften für den Anschluss ans Schweizer Bahnnetz ein. Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft haben sich das Ziel der guten verkehrstechnischen Anbindung der Zentralschweiz auf die Fahne geschrieben und weibeln dementsprechend dafür. Namentlich für einen Durchgangsbahnhof Luzern und den damit verbundenen Zimmerberg-tunnel. Denn nur so kann der prognostizierte Zuwachs im Personen- und Güterverkehr auf lange Sicht bewältigt werden. Die Anstrengungen tragen Früchte, denn in der FABI-Vorlage sind Mittel für drei

Grossprojekte reserviert, von denen die ganze Zentralschweiz profitiert. Neben dem erwähnten Durchgangsbahnhof Luzern und dem Zimmerberg-tunnel ist dies auch der Axentunnel. Es wäre sehr bedauerlich und auch verantwortungslos, wenn die Projekte nach dem jahrelangen Ringen um Beachtung wieder für Jahre in der Schublade verschwinden würden. Ein Ja zu FABI ist ein wichtiges Signal der Zentralschweiz nach Bern und unterstreicht die Notwendigkeit dieser Grossprojekte.

Felix Howald, Direktor Industrie- und Handelskammer Zentralschweiz (IHZ)

## Hat die Schweiz alles falsch gemacht?

Das Wachstum und unser Wohlstand in der Schweiz sind erfreulich, bringen aber auch Probleme. Die FDP sieht schon lange einen Handlungsbedarf und seit 2009 hat sie Lösungen aufgezeigt. Zwei Drittel unserer Exporte gehen in die EU. Hat denn die Schweiz alles falsch gemacht? Nein, die Schweiz hat vieles richtig gemacht. Wir haben Wohlstand, gute wirtschaftliche Auslastung und eine tiefe Arbeitslosigkeit. Es gibt keine masslose Masseneinwanderung und keine Bevölkerungsexplosion, sondern ein seit 30 Jahren gleichmässiges Bevölkerungswachstum.

Unser Schweizer Wunder bedeutet nicht das Paradies auf Erden. Es gibt auch viele Probleme in unserem Land. Es wäre aber falsch, die Schuld auf einige Sündenböcke abzuschieben. Es ist gefährlich, diesen mit Intoleranz oder gar Gewalt zu begegnen, statt mit Hoffnung und Vertrauen.

Kontingente bringen keine Lösungen. Jeder, der schon einmal mit Kontingenten arbeiten musste, weiss wie mühsam das ist. Sie verursachen Bürokratie und den Ausbau der Verwaltung. Kleinere Kontingente schaden der Wirtschaft.

Die Wirtschaft hätte vieles zur Problemlösung in der Hand. Die FDP fordert von ihr mehr Teilzeitstellen, grösserer Einbezug von Frauen und älteren Arbeitnehmern, keine Schwarzarbeit, mehr Kurzaufenthalter-Bewilligungen statt 5-Jahres-Bewilligungen. Es gibt also noch viel zu tun. Wollen wir mit dieser Initiative unsere Errungenschaften aufs Spiel setzen? Ich meine klar Nein und darum sage ich Nein zur Abschottungsinitiative am 9. Februar.

Albert Vitali,  
Nationalrat FDP, Oberkirch

## DAS

## WB-Podium



Cornelia  
Lustenberger\*

Ende November 2013 fanden in Honduras die politischen Neuwahlen statt. Ein Ereignis, welches noch lange in Erinnerung bleiben wird. Denn mit deren Konsequenzen muss die Bevölkerung in den nächsten vier Jahren leben bzw. überleben. Wenn ein neuer

## Neuer Präsident – trauriges Volk

Staatspräsident durch faire Wahlen die Macht übernimmt, wird normalerweise gebührend gefeiert. Doch hier in Honduras findet das Gegenteil statt, die Bevölkerungsmehrheit ist traurig. Schon dies alleine deutet auf einen Wahlbetrug hin.

Wie befürchtet, wurden von allen Landesteilen Wahlbetrugsanzeigen gemeldet. Es gab zwar viele internationale Wahlbeobachter im Land, doch scheinbar wollten oder durften diese die Realität der Wahlen nicht sehen. In gewissen Regionen wurden sie sogar

von Migrationsbehörden und Militärpolizei eingeschüchtert.

Für mich als Europäerin ist es schwierig, wenn ich von ausländischen Wahlbeobachtern hören oder lesen muss, dass es sich um faire Wahlen gehandelt hat. Und das bei einem neuen Staatspräsidenten, welcher die letzten vier Jahre Nationalratspräsident war und seine politische Macht vor und während den Wahlen total ausgenutzt hat. Es stellt sich die Frage, ob es aufgrund von Sprachproblemen zu dieser Fehleinschätzung kommen konnte oder ob die Beobachter sich durch Leute vom Wahlkomitee haben beeinflussen lassen.

Nachfolgend einige Beispiele, von denen ich Kenntnis erhalten habe und welche auf Wahlbetrug hindeuten: Die Nationalpartei, angeführt vom neuen Präsidenten Juan Orlando Hernandez, hat schon vor den Wahlen die Armut der Bevölkerung schamlos ausgenutzt. Unter anderem haben sie dazu Rabattkarten benutzt. Diese Aktionen führten so weit, dass sie den Leuten in Armenvierteln Geld angeboten haben, damit diese für die Nationalpartei wählen. Oder ihnen wurde nach der Stimmabgabe zugunsten der Partei Essen abgegeben.

Weiter wurden Identitätskarten, die zum Wählen nötig sind und von Leuten schon lange beantragt waren, nicht

rechtzeitig zugestellt. Diese Personen konnten also nicht wählen. Es wurden schachtelweise Identitätskarten im Besitz von Parteimitgliedern der regierenden Partei gefunden. Diese Mitglieder wurden zwar verhaftet, doch schon in-ner kürzester Zeit wieder freigelassen. Es gab auch Leute, die nicht wählen konnten, weil sie auf den Namenslisten als «verstorben» eingetragen waren. Ja, Sie haben richtig gelesen: Lebende, die als Tote registriert sind. Auch sind viele Wahlurnen verschwunden oder die Stimmen wurden nicht korrekt übertragen. Eine Kandidatin hatte beispielsweise 133 Stimmen und es wurden nur 3 Stimmen übertragen. Das passierte vor allem zum Nachteil der Favoriten der Alternativparteien wie «Libre» und «PAC» (Antikorruptionspartei). In Gebieten mit vielen Anhängern der «Libre»-Partei bedrohten Bewaffnete vor gewissen Wahlgebäuden die Wähler, um diese einzuschüchtern und vom Wählen abzuhalten. Es ging sogar so weit, dass mehrere Kandidaten der Gegenparteien ermordet wurden.

Kurz nach den Wahlen wurden offizielle Resultate veröffentlicht, obwohl erst 50 Prozent der Stimmen ausgezählt waren. Nachdem die Wahlbüros in den verschiedenen Wohnvierteln geschlossen waren, gab es Anzeigen, da die Wahlbüro-Mitglieder der Alternativparteien gezwungen wurden, das Gebäude zu verlassen. Dies verstösst

gegen das Wahlgesetz. Danach waren also nur noch die Repräsentanten der führenden Nationalpartei alleine in den Wahlbüros mit den Urnen. Was diese mit den Urnen gemacht haben, kann man sich ja vorstellen. Auch wurde angezeigt, dass rund 20 bis 30 Prozent von den Wahlakten nicht übertragen wurden, weil diese wegen einem angebrachten Plastik nicht durch den Scanner gingen. Ein Tag nach den Wahlen wurde die Staatsanwaltschaft von der Militärpolizei besetzt, um so zu verhindern, dass all die Wahlbeschwerden angezeigt werden konnten. Die Militarisierung vor, während und nach den Wahlen hat die Bevölkerung sehr eingeschüchtert und an den früheren Militärputsch erinnert.

Ich als Ausländerin habe mich hier während den Wahlen sehr hilflos gefühlt. Einerseits, da ich kein Wahlrecht habe, und andererseits, da ich aufgrund der bisherigen Erfahrungen ebenfalls zu der Bevölkerungsgruppe gehörte, welche einen Wahlbetrug vorausahnte. Mein Mitwirken war jedoch darauf beschränkt, illegale Wahlaktionen, welche mir von verschiedenen Mitgliedern von Alternativparteien gemeldet wurden, dem Koordinator der Menschenrechtskommission weiterzuleiten. Schon vor der Wahl wurde den Ausländern in Honduras mit einer Ausweisung gedroht, sofern sie sich politisch engagieren.

Obwohl Juan Orlando Hernandez von der bisherigen nationalistischen Regierungspartei durch einen offensichtlichen Wahlbetrug an die Macht kam, wurde seine Wahl von verschiedenen Nationen anerkannt. Doch die Mehrheit der honduranischen Bevölkerung und die Alternativparteien wollen ihn nicht als neuen Präsidenten akzeptieren. Sie protestieren mit Texten wie: «JOH (Juan Orlando Hernandez), Du bist nicht unser Präsident!» Auch ich persönlich bin der Meinung, dass ein Mann, welcher durch Wahlbetrug zum Präsidenten wird, ein gewalttätiger Mensch ist, welcher nicht Frieden stiften kann. Und Frieden wäre für Honduras dringend nötig. Dieser kann aber nur durch Transparenz, Ehrlichkeit, Solidarität und Chancengleichheit für alle erreicht werden. Was kann die Bevölkerung von einem Präsidenten erwarten, welcher auf diese Weise an die Macht kommt? Ist das der Beginn einer Diktatur in Honduras? Die nächsten Jahre werden es zeigen.

\* Cornelia Lustenberger wurde 1964 in Altbüren geboren. Sie arbeitete rund zehn Jahre als Kaufmännische Angestellte. Nach einer Viruserkrankung nahm ihr Leben fortan eine ganz neue Richtung. Seit 1995 leistet sie Freiwilligenarbeit als Sozialarbeiterin in La Ceiba in Honduras, Zentralamerika. Sie betreut ehemalige Strassenkinder, gibt ihnen Unterricht und ermöglicht ihnen sinnvolle Freizeitbeschäftigungen und Berufsausbildungen. Daneben arbeitet sie auch mit Häftlingen im Gefängnis, macht Aidsprävention, führt Aids-tests durch und realisiert Schulmaterialverteilungen in Armenvierteln usw. All ihre Freiwilligenarbeit ist nur dank Spendengeldern auf privater Ebene möglich.